



Bern: Die Straße brennt, der Staat schaut zu

pressecheck

Roland Keller, Publizist | www.presse-check.ch

Kommentar von Roland Keller

Pro-Palästina-Demo in Bern: Die Straße brennt, der Staat schaut zu

Basel, 13. Oktober 2025. Am Tag danach feiern sich verummumte Extremisten in den sozialen Netzwerken als Helden des Straßenkampfs. Die Bilder aus Bern sind ein Tiefpunkt – aber keine Überraschung. Schon die Mobilisierung zur unbewilligten Demonstration ließ keinen Zweifel daran, worauf es hinauslaufen sollte. Gewaltverherrlichende Symbole wie das rote Dreieck – ein Erkennungszeichen aus der Hamas-Propaganda – und die Parole „Al-Aksa-Flut“ zeigten unmissverständlich: Hier sollte nicht protestiert, sondern provoziert werden.

Die Gewalt in den Straßen Berns ist das Resultat einer monatelangen Radikalisierung, die sich offen vor aller Augen vollzog. In der Pro-Palästina-Bewegung sind die moderaten Stimmen längst zum Schweigen gebracht. Übrig geblieben sind die Lauten, die Aggressiven, die, die vom Kampf leben. Auf Social Media war das unübersehbar: „Escalate for Palestine“, „Globalize the Intifada“, „Shutdown for Palestine“.

Wer da noch von friedlicher Meinungsäußerung spricht, macht sich lächerlich.

Die Frage ist berechtigt: Was machen eigentlich Polizei und Nachrichtendienst? Die Rädelshörer sind bekannt. Ihre Netzwerke sind offen sichtbar. Und doch greift niemand durch.

Warum? Mangelt es am Mut, am politischen Rückhalt – oder etwa am Willen?

Der Schwarze Block, die Antifa, radikale Antisemiten und Hooligans – sie sind austauschbar. Ihr Feindbild ist stets dasselbe: unsere funktionierende Gesellschaft. Ihre

Parolen wechseln, ihre Zerstörungswut bleibt. Mal geht es gegen Juden, mal gegen Autos, mal gegen „das System“.

Alles ist erlaubt, solange es laut und zerstörerisch ist und Angst generiert.

Bemerkenswert ist, dass diese Gruppen immer „für die Freiheit“ kämpfen wollen – für fremde Konflikte, die sie nicht verstehen. Sie benutzen Schlagwörter, aber keine Argumente. Sie wissen nicht, für wen sie kämpfen, nur wogegen.

Und eines fällt besonders auf:

Keine dieser Gruppen geht je für den Frieden auf die Straße.

Die Politik weiß, dass sie es mit einer austauschbaren, jederzeit mobilisierbaren Masse zu tun hat – Menschen, die im Überdruckkochtopf ihrer eigenen Unzufriedenheit brodeln. Diese Gruppen lassen sich lenken, anheizen, instrumentalisieren. Linke, Rechte, Grüne – alle können sie nach Bedarf abrufen.

Die Gewalt ist nur eine Funktion der Gelegenheit. Das ist keine neue Erkenntnis.

Schon 1933 zeigte sich, was eine kleine, entschlossene Minderheit anrichten kann. Rund 7,5 Prozent der Bevölkerung trugen damals die NSDAP. Ein Viertel davon war aktiv gewaltbereit – genug, um ein ganzes Land einzuschüchtern. Heute sehen wir dieselben Mechanismen: Einschüchterung, Gruppendruck, moralische Erpressung. Nur die Fahnen und Parolen haben sich geändert.

Die jüngste Eskalation in Bern war kein Zufall, sondern Teil einer gezielten Einflussnahme. Die Finanzierung durch Hamas-nahe Strukturen ist nachweisbar – ebenso wie bei der sogenannten „Sumud-Flottille“, deren angebliche Hilfsgüteraktionen längst als politisches Tarnmanöver entlarvt sind.

Der Terror kauft sich moralische Unterstützung und findet sie in Europa.

Ein demokratischer Staat hat die Pflicht, seine Bürger vor solcher Gewalt zu schützen. Das ist möglich – wenn der politische Wille vorhanden ist. Doch solange der Bund sich hinter wohlfeilen Begriffen wie „Meinungsfreiheit“ oder „Demonstrationsrecht“ verschanzt, wird die Straße weiter das Kommando übernehmen.

Es ist fünf nach zwölf. Die Gewalt in Bern ist kein isolierter Vorfall, sondern ein Warnsignal. Wenn Nachrichtendienst NDB und Bundespolizei jetzt nicht handeln, verlieren sie nicht nur die Kontrolle über die Straße, sondern das Vertrauen der Bürger.